

N i e d e r s c h r i f t

der Sitzung des Finanzausschusses am 31.03.2009
19:00 – 21:55 Uhr, Gemeindeverwaltung Rangsdorf, Ladestr. 6

Anwesenheit:

stimmber. Gem.-Vertreter: Herr Hildebrandt Vorsitzender
 Herr M. Rocher
 Frau Eichhorst
 Herr Schoenert i. V. für Herrn Dr. v. d. Bank
 Herr Dr. Klucke
 Herr Rex ab 19:05 Uhr

sachk. Einwohner: Herr Brockhaus
 Herr Gröger
 Herr Mrositzki
 Herr Muschinsky
 Herr Claus

Entschuldigt: Herr Fruhner

Gem.-Verwaltung : Herr Rocher, Bürgermeister
 Frau Lastander, SB Kämmerei
 Frau Krakow, Schriftführerin

Gäste: 1 Bürger, Frau Schäfer

Verlauf der Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr vom Ausschussvorsitzenden eröffnet und die Anwesenheit von 5 stimmberechtigten Mitglieder bzw. deren Vertreter festgestellt.

2. Bekanntgabe der Tagesordnung / Änderungsanträge

Die Tagesordnung wird bekannt gegeben.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit
2. Bekanntgabe der Tagesordnung / Änderungsanträge
3. Kontrolle der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2009 (öffentlicher Teil)
4. Anfragen

5. Beratung und Beschlussfassung der 1. Nachtragssatzung zum Haushaltsplan und Stellenplan der Gemeinde Rangsdorf (48/09)
6. Abschluss einer Vereinbarung (45/09)
7. Kosten der Außenstelle der Grundschule (43/09)
8. Grundsatzentscheidung zur Aufstellung eines Sport- und Freizeitstättenentwicklungskonzeptes (44/09)
9. Einwohnerfragestunde

- nichtöffentlicher Teil -

10. Kontrolle der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2009 (nichtöffentlicher Teil)
11. Mietvertrag Erweiterung Grundschule/Hort Außenstelle Groß Machnow (42/09)
12. Erlass einer Forderung (18/09)

Herr Brockhaus bittet darum, dass die Beratung zur Erschließungsbeitragssatzung und der Mietvertrag zur Grundschule in die Tagesordnung mit aufgenommen werden sollen.

Herr Hildebrandt schlägt vor, dass diese beiden Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses mit aufgenommen werden.

Weiterhin beantragt *Herr Hildebrandt*, TOP 7 vor TOP 5 zu beraten. Aus TOP 7 wird TOP 5 und umgekehrt.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

Herr Rex nimmt ab 19:05 Uhr an der Sitzung teil; somit sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

3. Kontrolle der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2009 (öffentlicher Teil)

Schriftliche Einwände gegen die Niederschrift liegen nicht vor; der öffentliche Teil gilt somit als genehmigt.

Abstimmung 4 / 0 / 2

4. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

5. Kosten der Außenstelle der Grundschule (43/09)

Der *Bürgermeister* erläutert die Vorlage.

Herr Brockhaus fragt nach der Höhe der Gesamtkosten für die Außenstelle der Grundschule.

Der *Bürgermeister* erklärt, dass bei einer Schulerweiterung immer höhere Kosten entstehen. Sie ist aber notwendig, da die Zuzüge in Rangsdorf zu nehmen. Weiterhin erläutert er, dass in der Schule in Rangsdorf 3 Fachräume vorhanden sind. Es müssen zusätzliche Fachräume geschaffen werden.

Herr Dr. Klucke teilt mit, dass der Sozialausschuss dieser Vorlage mehrheitlich zugestimmt hat.

Herr Brockhaus führt aus, dass die Planung für die Außenstelle der Grundschule nicht ausreichend ist und ein Wettbewerb umgangen wird. Er macht dazu ausführliche Erläuterungen, welche als Anlage der Niederschrift beigefügt sind.

Herr Dr. Klucke verweist darauf, die Redezeit zu begrenzen.

Nach Hinweis von *Herrn Hildebrandt*, dass für die Empfehlung eine Summe notwendig ist, wird die Beschlussfassung der Gemeindevertretung empfohlen.

4 / 2 / 0

6 Abschluss einer Vereinbarung (45/09)

Herr Brockhaus befürwortet diese Vereinbarung und möchte wissen, warum noch zusätzliche Kosten entstehen.

Herr Dr. Klucke erläutert anhand von Beispielen, wie das Führen und Archivieren der Ortschronik sowie das Organisieren von verschiedenen kulturellen Veranstaltungen und deren Räumlichkeiten usw. erfordern u. a. finanzielle Mittel. Weiterhin führt er aus, dass der Verein sich zur finanziellen Offenlegung verpflichtet.

Herr Hildebrandt stimmt dieser Vereinbarung zu, moniert aber, dass dieser Verein noch nicht gegründet ist.

Der Ausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung.

6 / 0 / 0

7. Beratung und Beschlussfassung der 1. Nachtragssatzung zum Haushaltsplan und Stellenplan der Gemeinde Rangsdorf (48/09)

Der *Bürgermeister* gibt allgemeine Erläuterungen zum 1. Nachtragshaushalt und zum Stellenplan der Gemeinde Rangsdorf.

Es wird nachgefragt, warum TOP 8 auf die Tagesordnung genommen wurde, da dieser TOP keine Kosten enthält. Zu diesem Punkt wird der Vorschlag gemacht, 15.000 bis 20.000 € für das Sport- und Freizeitstättenentwicklungskonzept mit aufzunehmen.

Herr Rocher macht einige Ausführungen zum Stand des Flächennutzungsplanes. Der Sportplatz Birkenallee soll zum Teil begrünt werden. Der Landkreis Teltow-Fläming ist für die Gestaltung und den Bedarf für Sportentwicklungskonzeptionen zuständig.

Herr Dr. Klucke merkt dazu an, dass bei einer Vorplanung der Bedarf festzustellen ist.

Stellenplan

Der *Bürgermeister* erläutert den Stellenplan.

Herr Hildebrandt teilt mit, dass der Sozialausschuss seine Empfehlung zur Erhöhung der Stelle im Tourismusbüro auf 1,00 Stellen gegeben hat.
Es gibt eine Nachfrage bezüglich der Erfolgskontrolle im Tourismusbüro.

Herr Muschinsky, Herr Mrositzki und Herr Dr. Klucke sprechen sich für das Tourismusbüro aus. Sie loben die gute Zusammenarbeit und die gute Arbeit, die dort geleistet wird. Das Büro ist sehr gut besucht. Eine Erweiterung der Stelle ist durchaus denkbar.

Der *Bürgermeister* erläutert die Arbeit der Mitarbeiterin im Tourismusbüro.

Herr Hildebrandt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Mitarbeiterin auch voll arbeiten kann. Der Stellenplan wird diesbezüglich nicht geändert.

Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung den 1. Nachtrag zum Stelleplan 2009.

6 / 0 / 0

Verwaltungshaushalt

Seite 25: Einnahmen

Es werden diverse Fragen zu den Einnahmen gestellt und beantwortet.

Seite 7: Ausgaben

HHS: 2910.5495 AS Bewirtschaftung Reinigungskosten

Herr Gröger: Für die Sauberlaufmatten sollte man ein Vergleichsangebot einholen.

Seite 8

HHS: 3000.7183 Umbenennung von Kulturfreunde e.V. in **Kulturverein e. V.**

Seite 10

HHS: 4391.7180 Umbenennung von Zuschuss GAG in **Zuschuss**

Seite 16

HHS: 4647.diverse Umbenennung des Unterabschnittes von KitaL.i.n.O. in **Neue Kita**

Der *Bürgermeister* führt aus, dass in Zukunft in dieser Kita 19 bis 20 Kinder betreut werden sollen.

Frau Eichhorst ergänzt, dass dort Kinder im Alter von 1 bis 7 Jahren betreut werden sollen. Das Konzept dieser Kita kann auf der Internetseite nachgelesen werden.

Herr Gröger stellt den Antrag, die Kita in „Kita“ umzubenennen. Das Konzept der KitaL.i.n.O. sollte im Sozialausschuss weiter beraten werden.

Vermögenshaushalt

Seite 10

HHS: 4647.diverse Umbenennung des Unterabschnittes von KitaL.i.n.O. in **Neue Kita**

Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die 1. Nachtragssatzung zum Haushaltsplan der Gemeinde Rangsdorf 2009.

4 / 1 / 1

8. Grundsatzentscheidung zur Aufstellung eines Sport- und Freizeitstättenentwicklungskonzeptes (44/09)

Herr Dr. Klucke äußert zum Punkt 1. der Beschlussvorlage, dass das „Erich-Dücker-Sportforum“ in der Lindenallee als Sportstätte nicht dauerhaft erhalten bleiben soll, es sei denn, es findet sich ein Investor.

Herr Hildebrandt verweist im Einvernehmen mit den Finanzausschuss-Mitgliedern die Vorlage 44/09 in den Gemeindeentwicklungsausschuss.

9. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung fortgeführt.

Fortführung der Niederschrift mit dem nichtöffentlichen Teil ab Seite 6

**-nichtöffentlicher Teil
der Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 31.03.2009 -**

Die Sitzung wird um 21:55 Uhr geschlossen.

(J. Hildebrandt)
Ausschussvorsitzender

(C. Krakow)
Schriftführerin

31.03.2009

Wiederholt werden große Entscheidungen mit langer Bindungswirkung schlecht vorbereitet, ungenügend diskutiert in Rahmen eines Nachtragshaushalts von der Verwaltung und der Mehrheit in der Gemeindevertretung durchgesetzt. Der Zeitdruck wird entweder künstlich aufgebaut oder durch unzureichende oder vernachlässigte Planung verursacht. Oft wird eine Gesamtentscheidung vor diesem Hintergrund in Einzelentscheidungen aufgeteilt. Dies betrifft regelmäßig die Kindertagesstätten in freier Trägerschaft und die Grundschuleaußenstelle Groß-Machnow bzw. deren Eigenständigkeit. Besonders auffällig ist die Häufung dieses Vorgehen bei der Errichtung / Herrichtung von Kita- und Schulgebäuden durch Privatinvestoren.

Folgen dieser Vorgehensweise sind:

- Eine abgewogene Diskussion und Entscheidungsfindung unter Einbeziehung einer umfassenden Kostenkalkulation wird vermieden.
- Der preissenkende faire Wettbewerb nach dem öffentlichen Vergaberecht wird unter Reduktion auf eine einzige Option und einen einzigen Anbieter umgangen.
- Durch intransparente Eigentums- und Vertragsgestaltungen (Grundeigentum, Erbbaurecht, Miete, Bauzuschuss, Mietzuschuss, Kaufoptionen, ...) ist eine Abschätzung oder ein Kostenvergleich nicht möglich.
- Durch die Miete bzw. im Rahmen des Mietkaufes werden gegenüber dem Kommunalzins erheblich höheren Marktzinsen für Private von der Gemeinde getragen.
- Der Privatinvestor wird durch langfristige Mietbindung auf der Grundlage der hohen privaten Zins- und Tilgungslasten sowie die Übernahme der Betriebs- und üblichen Reparaturkosten von fast allen unternehmerischen Risiken freigestellt.
- Durch das unter diesen Umständen geringe Interesse des Privatinvestors an einer hohen Qualität des Gebäudes (z.B. bei Energieeffizienz, Instandhaltung, Akustik, nachhaltiges Bauen) entstehen Baumängel und minderwertige Gebäudequalitäten, die die Nutzung und Finanzen der Gemeinde belasten.
- Bei Ziehung der Kaufoptionen ist zusätzlich zum hohen Preis ein Aufschlag an den Privatinvestor zu zahlen.
- Durch die Zahlung von Baukostenzuschüssen wird die Kalkulation und Vertragsbeziehung noch intransparenter, ohne dass dadurch Eigentum der Gemeinde begründet wird.

Fazit: Alle Nachteile gehen zu Lasten der Gemeinde, alle Vorteile gehen zu Gunsten des Investors, abgesehen von dem durch die Umgehung des öffentlichen Vergaberechts erreichte Verkürzung der Planungs- und Bauabläufe. Hierdurch werden auf Kosten der Kommune bzw. der Bürger erhebliche risikolose Gewinne in Privathand erzeugt.